

# Die komplizierte Herbergssuche

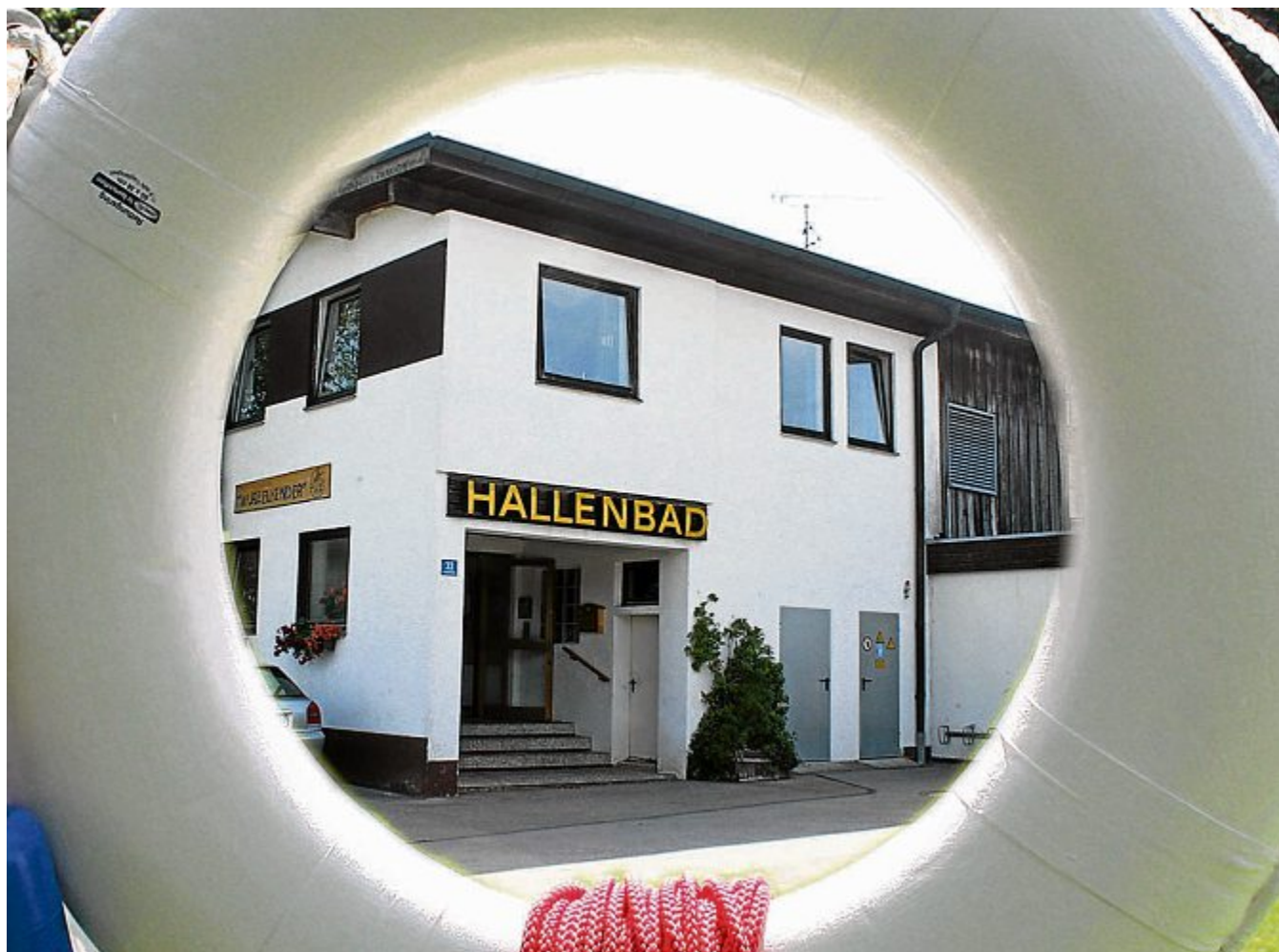
Weil die rechtlichen Voraussetzungen für Flüchtlings-Unterkünfte so verzwickt sind, bleiben manchen Landkreisen und Gemeinden nur scheinbar untaugliche Lösungen. Leerstehende Hotels scheitern an der Bürokratie. Ein Hallenbad dagegen nicht.

VON DOMINIK GÖTTLER

**München** – Heute Abend fällt die Entscheidung. Der Gemeinderat in Dietramszell (Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen) stimmt über eine besonders ausgefallene Asylbewerber-Unterkunft ab. Im Ortsteil Ascholding sollen Flüchtlinge möglicherweise in einem Hallenbad untergebracht werden. Das einzige Schwimmbecken in dem Bad aus den 70er-Jahren soll mit Teppichen ausgelegt werden. Dann könnten dort Betten für 30 bis 35 Flüchtlinge aufgestellt werden. Die Nutzer des Hallenbads protestieren gegen den Plan der Gemeinde. Doch es mangelt an Alternativen.

Dabei scheinen diese oft so nahe zu liegen. Allerdings nur auf den ersten Blick. Ehemalige Pensionen, leerstehende Bürogebäude, ungenutzte Verwaltungsbauten – fast jeder Landkreis hat diesen einen Fleck, von dem die Bürger sagen: Da wär' doch Platz für die Flüchtlinge. Warum stattdessen die Turnhalle? Warum das Schwimmbad? Nur: So einfach ist das nicht.

„Das grundlegende Problem ist, dass zu wenige Wohnungen frei sind“, sagt Johann Keller, Geschäftsführer des Landkreistags, „also müssen wir bestehende Gebäude fit machen“. Es ist die Aufgabe der Landkreise, angemessene dezentrale Unterkünfte zu schaffen. Was sich vor allem in den Ballungsräumen schon zu Beginn der Flüchtlingskrise als knifflig herausstellte, wird mit den anhaltend hohen Zahlen immer mehr zum Kampf gegen die Paragraphen. Denn die gesetzlichen Hürden verhindern oft, dass vorhandene Gebäude schnell zu Unterkünften umgewandelt werden können.



**Hier könnte eine Flüchtlingsunterkunft entstehen:** Heute entscheidet der Gemeinderat in Dietramszell, ob das Ascholdingener Hallenbad zur Notunterkunft umfunktioniert werden soll. Die Suche nach Alternativen läuft.

FOTO: HERMSDORF

Erstes Problem: der Brandschutz. Oft sind zweite Rettungswege vorgeschrieben oder getrennte Räume, damit ein mögliches Feuer nicht sofort auf das gesamte Gebäude übergreifen kann. Im Hinblick auf die vermehrten Brandanschläge in Deutschland sei der Brandschutz nach wie vor wichtig, betont Keller. Zweites Problem: das Baurecht. Oft ist die bisherige Nutzung nicht mehr mit dem neuen Zweck als Unterkunft identisch – dann gelten neue Vorgaben. Beispiel aus dem Kreis Dachau: Dort hatte Landrat Stefan Löwl (CSU) ein neu gebautes Hotel in einem Gewerbegebiet in Bergkirchen ins Auge gefasst. 51 moderne Zimmer, im Frühjahr fertiggestellt. Aber: Die Fenster lassen sich wegen Lärmschutz und Klimaanlage nicht öffnen. Für Kurzzeitgäste kein Problem, aber für eine längerfristige Wohnnutzung nicht zulässig. Dazu müssen Faktoren wie

Denkmalschutz, Immissionschutz und energetische Sanierung beachtet werden. Wenn ein Objekt nach all diesen bürokratischen Hürden noch in Frage kommt, muss häufig umgebaut werden. Das bedeutet – je nach Kostensumme – eine langwierige Ausschreibung, teilweise europä-

**„In den Wänden stecken 40 Jahre Chlor.“**

VEREINSCHIEF HANNES HELFER

weit. Und am Ende meist eine saftige Rechnung. Stück für Stück purzeln so die Alternativen von den Prioritätslisten der Landratsämter. Bis nur Turnhallen übrig bleiben. Oder wie im Kreis Fürstentum ein ehemaliger Atombunker als Ultima Ratio, der heute eine Tiefgarage ist. Oder eben ein Schwimmbad. Gegen die Unterbringung im Ascholdingener Bad protes-

tieren derweil diejenigen, die dort eigentlich seit 16. September wieder ihre Bahnen ziehen wollten, jetzt aber vor verschlossenen Türen stehen: Der Ortsverband der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und der Verein zum Erhalt des Ascholdingener Hallenbads. Nicht, weil sie gegen die Flüchtlinge im Ort sind, sondern weil sie das in die Jahre gekommene Bad für ungeeignet halten. „In den Wänden stecken 40 Jahre Chlor, es gibt keine Steckdosen und zwei halbddefekte Waschbecken“, sagt Vereinsvorstand Hannes Helfer. Der Beckenrand muss abgesichert werden, damit niemand ins Becken stürzt. Zudem würde nicht nur der Vereins- und Schulsport in dem von rund 20 000 Besuchern jährlich frequentierten Hallenbad stark eingeschränkt, auch die Schwimmkurse für Flüchtlinge müssten dann wegfallen. Alle Schwimmer müssten ins rund zehn Ki-

lometer entfernte Hallenbad in Geretsried ausweichen.

Trotzdem hat es das Bad auf Platz eins der Prioritätenliste geschafft, weil für eine Unterkunft eben andere Faktoren im Vordergrund stehen. „Wichtig ist vor allem, dass eine Unterkunft im Notfall schnell geräumt werden kann, dass der Brandschutz angemessen ist und ausreichend Abstände vorhanden sind“, sagt Wolfgang Krause vom Tölzer Landratsamt. So etwas lasse sich in Turn- oder eben Schwimmhallen leichter verwirklichen als in einem seit Jahrzehnten genutzten Gebäude, in dem womöglich über die Jahre noch allerlei Umbauten vorgenommen wurden.

Dietramszells Bürgermeisterin Leni Gröbmeier (Bürgerliste) hatte im Vorfeld geäußert, das Bad sei eine Notlösung, auf die man verzichten könne, wenn genügend Bürger Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen.